Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis: 1.90 RM. bei Abholung in den Ausgabestellen des Landgebietes 10 Pfg. mehr, bei Zutragung im Stadtgebiet 15 Pfg., im Landgebiet 20 Pfg. Botenlohn.
Wochenkarten 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 28301. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. — Telegrammadresse: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 22 mm breit) 4 Pfennig, im Reklameteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Diese Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Sätze, bei Aufträgen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha und des Stadtrats zu Frankenberg behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 135 — Mittwoch den 13. Juni 1934 nachmittags — 93. Jahrgang

Sämtliche politischen Parteien in Bulgarien aufgelöst

Ganze Arbeit!

Sofia, 12. 6. Die bulgarische Regierung hat mit sofortiger Wirkung sämtliche politischen Parteien aufgelöst.

Neuregelung des bulgarischen Pressewesens

Sofia, 12. 6. Die schon seit langem angekündigte und erwartete Auflösung der Parteien und politischen Gruppen ist, wie gemeldet, am Dienstag vom Ministerrat beschlossen worden. Um 9 Uhr abends empfing Ministerpräsident Georgieff die bulgarische Presse und teilte ihr den Inhalt zweier Beschlüsse mit, die morgen oder spätestens übermorgen durch königliches Dekret in Kraft gesetzt werden.

Die erste Verfügung ordnet die Auflösung aller Parteien, parteipolitischen Organisationen, Verbände und Bewegungen, sowie deren Unterorganisationen an und verbietet ihnen jegliche Betätigung. Unter dieses Verbot fallen auch alle parteipolitischen Zeitungen, Zeitschriften und sonstige Druckausgaben. Die Neugründung oder die Tarnung aufgelöster politischer Organisationen wird mit schwerem Kerker bis zu drei Jahren bestraft. Die Einberufung, sowie die Teilnahme an parteipolitischen Versammlungen und Kundgebungen unterliegt schweren Kerkerstrafen. Unter strenge Strafe wird ferner die Besteuerung von Geldmitteln für die Errichtung und Erhaltung von parteipolitischen Organisationen gestellt.

Die zweite Verordnung betrifft eine Neuregelung der bulgarischen Presse in dem Sinne, daß in Zukunft keine Zeitung oder Zeitschrift mehr ohne Bewilligung der zuständigen Behörde erscheinen darf. Die bereits bestehenden und nicht unter das Parteiverbot fallenden Nachrichtenblätter haben innerhalb zehn Tagen die behördliche Genehmigung ihres Weitererscheinens nachzusuchen. Zeitungen, die dieser Anordnung nicht entsprechen, müssen ihr Erscheinen einstellen. Schriftleiter können in Zukunft nurmehr noch unbescholtene bulgarische Staatsbürger sein. Für Schriftleiter an Zeitungen ist ein Mindestalter von 30 Jahren und für Schriftleiter an Zeitschriften von 25 Jahren festgelegt. Ausländern wird die Ausübung des Schriftleiterberufes nur mit ausdrücklicher Bewilligung der Direktoren für soziale Versicherung erteilt. Die unbefugte Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften unterliegt einer Kerkerstrafe bis zu drei Monaten und Beschlagnahme des Vermögens.

Diese beiden Beschlüsse bedeuten die endgültige Zertrümmerung der Parteiwirtschaft in Bulgarien und bekunden den festen Willen der Regierung zur Totalität. Besonders zu vermerken ist, daß auch die Volkssoziale Zankoff-Bewegung unter das Verbot fällt und daß die Regierung zur Parteienauflösung schritt, ehe eine Verständigung mit Zankoff zustande kam. In Regierungskreisen wird indessen betont, daß zwischen dem jetzigen Regime und der Zankoff-Bewegung keinerlei weltanschauliche Gegensätze bestünden und daß somit die Anhänger Zankoffs den Weg zum neuen Staat noch immer finden könnten.

Die Entwaffnungsaktion in Bulgarien

Sofia, 12. 6. Die Regierung hatte der bulgarischen Bevölkerung in ihrer Kundgebung vom 19. Mai eine Frist gegeben, in der die im Besitze von Zivilpersonen befindlichen Waffen abzugeben seien. Die Militärbehörden, die mit der Durchführung dieser Aufgabe betraut worden waren, begegnen keinerlei Widerstand seitens der Bevölkerung, vielmehr werden die Waffen freiwillig ausgehändigt. Bisher ist noch keinerlei Zwischenfall gemeldet worden. Im ganzen Lande herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung.

Neue Sprengstoffexplosionen in Oesterreich

Ein Anschlag auf Minister Fey?

Das Standgericht soll Taten zeigen

Wien, 12. 6. Wie die „Oesterreichische Abendzeitung" meldet, wurde Dienstagfrüh auf der Strecke der Ostbahn ein Sprengstoffanschlag verübt, durch die Sprengwirkung wurden die Schienen aufgerissen. Der Anschlag erfolgte auf jener Bahnstrecke, die Sicherheitsminister Fey auf seiner Reise nach Budapest benutzen mußte. Die Vermutung liegt nahe, daß dieser Anschlag der Person des Sicherheitsministers gegolten hat.

Wien, 12. 6. Im Salzburger Steueramt explodierte am Dienstagmittag eine Bombe, die großen Sachschaden anrichtete. Zwei Personen wurden verletzt, davon eine schwer.

Maßlose Forderungen der oberösterreichischen Heimwehren

Wien, 12. 6. Die oberösterreichischen Heimwehren treten mit einem Aufruf hervor, in dem an die Regierung folgende Forderungen gestellt werden:

1. Die Paragraphenreiterei hat aufzuhören, und an deren Stelle hat das Volksgericht aller Vaterlandstreuen zu treten. Wir fordern sofortige Amnestierung der Angehörigen der Heimatwehren, des Schutzkorps und der staatlichen Exekutive, gegen die ein gerichtliches Verfahren wegen Ehrenbeleidigung, leichter oder schwerer Körperverletzung oder anderer Tatbestände des Strafgesetzes, die durch provozierende Ereignisse herbeigeführt wurden, anhängig ist.

2. Während des gegenwärtigen Ausnahmezustandes und solange sich Anschläge gegen den Staat oder das Leben von vaterländischen Mitgliedern ereignen, ist die Zuständigkeit der Bezirksgerichte und des Gerichtshofes erster Instanz hinsichtlich jener Uebertretungen, Verbrechen und Vergehen, die von Angehörigen der freiwilligen Wehrverbände und der staatlichen Exekutive in Ausübung ihres Dienstes begangen werden, den Sicherheitsbehörden abzutreten, an welche Weisungen zu erlassen sind, denen zufolge sie das freie Prüfungsrecht darüber haben, ob in den konkreten Fällen überhaupt mit einer Strafe vorzugehen ist, oder ob die Anzeigen abzuweisen sind.

3. Sofortige Auflösung der deutschen Turnvereine, in denen nachweislich Nationalsozialisten ein- und ausgehen.

4. Der bisher im Lande Oberösterreich entstandene Sachschaden und der durch die Attentate der letzten Zeit zu erwartende Ausfall der Fremdenverkehrseinnahmen ist ebenso wie die Kosten des erhöhten Sicherheitsapparates restlos auf prominente, örtlich überall bekannte Persönlichkeiten staatsfeindlicher Gesinnung aufzuteilen; im Falle der Uneinbringlichkeit des Betrages ist eine Zwangshypothek auf den Besitz zu legen.

5. Das Standgericht hat endlich einmal Taten zu zeigen.

Dieser Aufruf ist in mehrfacher Hinsicht äußerst bemerkenswert. Es bleibt abzuwarten, welche Stellungnahme die Regierung zu diesen maßlosen Forderungen einnehmen wird.

Führer der Energie-Wirtschaft

Direktor Karl Krede, Vorstandsmitglied der Berliner Elektrizitätswerke, wurde vom Reichswirtschaftsminister zum Führer der Gruppe „Energie-Wirtschaft" (Elektrizität, Gas und Wasser) ernannt

Schwere Ausschreitungen der ostmärkischen Sturmscharen und des Heimatschutzes

Wien, 12. 6. Der Beschluß der Regierung, der den Mitgliedern der Ortswehren bei ihren Handlungen weitgehende Straffreiheit zusichert, hat bereits jetzt zu bedenklichen Erscheinungen in Wien und in den Bundesländern geführt. In den Abendstunden des Dienstag erfolgten in Wien auf die Straßenverkäufer der „Wiener Neuesten Nachrichten" und des nationalen „Nachtkuriers" an mehr als 18 verschiedenen Stellen der Stadt Angriffe von Mitgliedern der ostmärkischen Sturmscharen und des Heimatschutzes. Die Zeitungsverkäufer wurden verprügelt, die Zeitungen zerrissen und besudelt. Aus vielen Orten werden ähnliche Aktionen von der Vaterländischen Front nahestehenden Bevölkerungskreisen gemeldet. Sie überfielen als Nationalsozialisten bekannte Mitbürger und verprügelten sie. — Eine eigenartige Aktion hat die Polizei in Wien unternommen. Sie erschien mit starken Mannschaften in bestimmten Straßenzügen, riegelte diese ab und unterzog alle Passanten, auch die Führer von Fahrzeugen, einer genauen Leibesvisitation. Das Ergebnis dieser Untersuchungen war aber völlig negativ.

Neuordnung des österreichischen Propagandawesens

Wien, 12. 6. In dem am Dienstag zusammentretenden Ministerium erfolgt nunmehr die seit langem vorgesehene Ernennung des bisherigen Bundeskommissars für Propaganda, Dr. Steidle, zum österreichischen Generalkonsul in Triest. Die feierliche Eröffnung des neuen Triester Generalkonsulats soll am 20. d. M. durch den Handelsminister Dr. Stockinger erfolgen.

Verstärkter Bahnschutz

Wien, 12. 6. Die Errichtung von Ortswehren, die auf Grund des Regierungsbeschlusses jetzt in allen Städten und Dörfern gebildet werden, ist nach Meldung der Regierungspresse in vollem Gange. Mit der Durchführung des Beschlusses ist die Vaterländische Front beauftragt worden. Auf Weisung des Heeresministers ist jetzt von den Sicherheitsdirektoren in allen Bundesländern ein verstärkter Bahnschutz eingerichtet worden, an dem Patrouillen des Bundesheeres mitwirken. Die Bevölkerung wird von den Sicherheitsbehörden darauf aufmerksam gemacht, daß Bahngleise von nun an nur an den erlaubten Stellen überschritten werden dürfen. Jedes Betreten des Bahngleises außerhalb dieser Stellen sei unbedingt zu vermeiden.

Kurzer Tagesspiegel

Der deutsche Botschafter in Madrid hat am Dienstag im Außenministerium eine Protestnote überreicht und Genugtuung für den Ueberfall auf die deutsche Kolonie gefordert.

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels wird am Mittwoch nachmittag in Warschau erwartet. In seiner Begleitung wird sich u. a. der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Presse und Hauptschriftleiter beim „Völkischen Beobachter", Weiß, befinden.

Der Reichsarbeitsführer hat den Leiter des Landesverbandes Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse, Pg. Kampmann, zum Pressechef der Pressestelle beim Reichsarbeitsführer ernannt.

Aus dem Funkraum des Deutschlandsenders wurde am Dienstag abend das erste deutsch-französische Austauschkonzert gesendet, dem nächster Zeit eine Sendung von einem französischen Sender folgen wird. Der deutsch-französische Musikaustausch wurde durch eine Rede des Staatssekretärs Funk eröffnet.

Die bulgarische Regierung hat mit sofortiger Wirkung sämtliche politische Parteien aufgelöst. Gleichzeitig erschien eine Verordnung über die Neuregelung des bulgarischen Pressewesens.

Der Beschluß der österreichischen Regierung, den Ortswehren bei ihren Handlungen weitgehende Straffreiheit zuzusichern, hat bereits zu bedenklichen Erscheinungen geführt. Es kam an vielen Orten zu schweren Ausschreitungen der ostmärkischen Sturmscharen und des Heimatschutzes. Als Nationalsozialisten bekannte Mitbürger wurden überfallen und geschlagen.

In einer Note des amerikanischen Staatssekretärs Hull an den britischen Botschafter wird erklärt, die britische Regierung verkenne die Sachlage, wenn sie erkläre, erst dann in Verhandlungen über die Schuldenzahlungen eintreten zu können, wenn eine befriedigende Kürzung dieser Summen gesichert erscheine.

Der litauische Staatspräsident hat am Dienstag die neue Regierung ernannt. Der bisherige Ministerpräsident Tubelis bleibt. Außenminister wurde der bisherige Chef des politischen Departements im Außenministerium, Lozoraitis.

Der österreichische Bundeskanzler Dollfuß reist am Mittwoch zum Besuch der ungarischen Regierung nach Budapest.

Deutsch-französisches Austauschkonzert im Radio

Einleitende Worte Staatssekretärs Funk

Berlin, 13. 6. Aus dem Funkraum des Deutschlandsenders wurde am Dienstagabend über den Deutschlandsender, den Reichssender Berlin und französische Sender das erste deutsch-französische Austauschkonzert gesendet, dem in nächster Zeit eine Sendung von einem französischen Sender folgen wird. Im ersten Konzert spielte das Philharmonische Orchester unter Leitung des Direktors der Pariser Oper Henri Busser; als Solistin wirkte Jeanne Bonavia von der Pariser Oper mit. Staatssekretär Funk vom Propagandaministerium eröffnete in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Reichsrundfunkgesellschaft den deutsch-französischen Musikaustausch am Radio. Er gab seiner großen Freude darüber Ausdruck, daß dieser Austausch zustande gekommen sei. Er begrüßte besonders Henri Busser, den er bereits beim ersten deutschen Komponistentag habe begrüßen können. Durch sein Erscheinen auf dem Komponistentag und durch seine Mitwirkung am heutigen Tage, habe Busser seiner Verbundenheit mit dem deutschen Musikleben Ausdruck verliehen. Heute werde er das Philharmonische Reichsorchester dirigieren, das erst kürzlich in Frankreich so überaus herzlich aufgenommen und so außerordentlich gefeiert worden sei. Ferner begrüßte Staatssekretär Funk Jeanne Bonavia. Bei der nächsten Veranstaltung würden deutsche Künstler in Paris am Radio zu Gehör kommen. Zweck dieses wechselseitigen Austausches nationaler Kunst sei es, Verständnis für die Kultur des anderen Volkes zu wecken und die kulturellen Beziehungen der Völker zu vertiefen. Die nationalsozialistische Regierung wolle die Kunst wieder an das Volk und das Volk wieder an die Kunst bringen. Jede echte Kunst aber wurzele in dem Volkstum, und je echter das Volkstum sei, umso echter werde auch die Kunst sein. In der Erwartung, daß dieser wechselseitige Kunstaustausch befruchtend und verständniswerbend zum Wesen der Kunst und der Beziehungen beider Nationen sich auswirken möge, wünschte Staatssekretär Funk, dessen kurze Ansprache von den im Senderaum befindlichen Hörern mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, den deutschen und den französischen Uebertragungen vollen Erfolg. Nach einer Uebersetzung seiner Ansprache ins Französische begann das Konzert, in dem ausschließlich französische Komponisten zu Gehör kamen.

Schultze-Naumburg 65 Jahre alt

Professor Paul Schultze (Naumburg), der hervorragende Architekt, vollendete am 10. Juni sein 65. Lebensjahr. Durch seine bahnbrechende Arbeit auf dem Gebiet der Innenausstattung hat er Großes für die bewußte Weiterentwicklung des deutschen Bauwesens geleistet. Seine Forderung nach der Schaffung einer Heimatkunst, die das Bauwerk dem Landschaftsbilde harmonisch eingliedern soll, hat er nicht nur in seinen Bauten praktisch erfüllt, sondern auch in zahlreichen Schriften verfochten, die einen großen und interessierten Leserkreis gefunden haben

SLUB
Wir führen Wissen.